

Antwort
der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe
der PDS/Linke Liste**
— Drucksache 12/4407 —

Das Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerk

Die „Berliner Zeitung“ vom 10. Februar 1993 schreibt:

„In Berlin gibt es eine enge Zusammenarbeit im rechten Spektrum. Konservative Politiker wie der CDU-Bundestagsabgeordnete Heinrich Lummer haben verstärkt Kontakt mit rechtsradikalen Gruppierungen. Ehemalige ‚Republikaner‘-Funktionäre arbeiten inzwischen offen mit Neonazis zusammen. Als Bindeglied zwischen Konservativen und Nationalsozialisten dient das Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerk.“

Am 26. Februar lädt das Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerk zu einer Veranstaltung zum Thema ‚Asyl – ein mißbrauchtes Recht‘ ein. Referent: Der CDU-Bundestagsabgeordnete und Vorzeigerechte der Christdemokraten, Heinrich Lummer. Das Bildungswerk galt lange Zeit als Republikaner-nahe Institution. Mittlerweile werden die führenden Ämter allerdings fast ausschließlich von Mitgliedern der rechtsextremen ‚Deutschen Liga für Volk und Heimat‘ bekleidet.“

Weiter verweist die „Berliner Zeitung“ darauf, daß „das Bildungswerk am 24. Januar gemeinsam mit der Berliner Kulturgemeinschaft Preußen eine Feier zur ‚Gründung des Deutschen Reiches‘ in Tegel“ veranstaltet hatte. „Die Kulturgemeinschaft gilt als Sammelbecken für Neonazis und steht unter Beobachtung des Verfassungsschutzes. Am 24. Januar wurde die Veranstaltung von Kulturgemeinschaft und Bildungswerk von militanten Jungnazis geschützt. Geführt wird die Kulturgemeinschaft von Ursula Schaffer – seit Anfang der 80er Jahre eine alte Bekannte des CDU-Abgeordneten Heinrich Lummer“ (Berliner Zeitung, 10. Februar 1993).

1. Welche verfassungsschutzrelevanten Kenntnisse hat die Bundesregierung über das Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerk?

Am 24. Januar 1993 führten die rechtsextremistische Berliner Kulturgemeinschaft Preußen und das bis dahin nicht durch rechtsextremistische Aktivitäten hervorgetretene Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerk in Berlin eine gemeinsame

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 9. März 1993 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Reichsgründungsfeier durch, an der etwa 95 Personen teilnahmen. Die Teilnehmer sollen zumeist Rechtsextremisten gewesen sein.

2. Seit wann besteht das Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerk?

Die Zeitschrift „Junge Freiheit“ erklärte in ihrer Ausgabe von April 1991, die Stiftung sei im November 1990 gegründet worden.

3. Trifft es zu, daß das Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerk als Republikaner-nahe Stiftung konzipiert war?

Dies behaupteten das „Neue Deutschland“ vom 4. März 1991 und die „Junge Freiheit“ in ihrer April-Ausgabe 1991. Ob diese Behauptung zutrifft, kann nicht beurteilt werden.

4. Welche Veränderungen hat es in der Trägerschaft des Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerks im Laufe der Zeit gegeben?
- a) Trifft es zu, daß die „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ heute zu den maßgeblichen treibenden Kräften des Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerks gehört?
 - b) Trifft es zu, daß auch die Deutsche Soziale Union (DSU) heute zu den Trägern des Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerks gehört?

Nicht bekannt.

5. Verfügt das Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerk über eine Art „Wissenschaftlichen Beirat“?
- a) Wenn ja, seit wann?
 - b) Wer ist Mitglied in diesem „Wissenschaftlichen Beirat“?
 - c) Welche personellen Veränderungen hat es im „Wissenschaftlichen Beirat“ gegeben?
 - d) Welche Personen bilden den Vorstand?
 - e) Welche eventuellen personellen Veränderungen hat es im Vorstand gegeben?

Nicht bekannt.

6. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Finanzierung des Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerks?

Keine.

7. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Veranstaltungen des Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerks (Häufigkeit der Veranstaltungen, Themenschwerpunkte, Referenten)?

Keine bis auf die unter Frage 1 genannte Veranstaltung.

8. Trifft es zu, daß vor allem in den rechtsextremen Zeitungen „Deutsche Rundschau“, „Europa vorn“ und „Junge Freiheit“ über die Tätigkeit des Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerks berichtet wird?

Nicht bekannt.

9. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Pressearbeit des Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerks?

Keine.

10. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Zusammenarbeit des Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerks mit der Berliner Kulturgemeinschaft Preußen?

Siehe oben unter Frage 1.

11. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über weitere Formen der Zusammenarbeit des Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerks mit militanten Neonazis?

Keine. Im übrigen ist die Berliner Kulturgemeinschaft Preußen zwar rechtsextremistisch, aber nicht militant neonazistisch.

12. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über eventuelle Strategien und Formen einer gezielten Zusammenarbeit des Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerks mit konservativen Kreisen, und welche Erfolge hat das Bildungswerk hier aufzuweisen?

Nicht bekannt.

13. Wie bewertet die Bundesregierung diese Form der Zusammenarbeit?

Entfällt.

14. Hat die Bundesregierung Kenntnisse über eine spezielle Zusammenarbeit zwischen dem Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerk und dem durch sein rechtsextrem ausgerichtetes Memorandum berüchtigt gewordenen Deutschland-Forum?

Nein.

15. Welche Aktivitäten hat die Bundesregierung unternommen, um speziell über die zunehmende Zusammenarbeit konservativer und rechtsextremer Kreise aufzuklären, oder sieht die Bundesregierung hier keinen Handlungsbedarf?
Wenn nein, warum nicht?

Die „zunehmende Zusammenarbeit konservativer und rechts-extremer Kreise“ ist eine Behauptung, die der sachlichen Grundlage entbehrt.

16. Wieso taucht das Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerk nicht im Verfassungsschutzbericht auf?

Dazu bestand bisher kein Anlaß.